

Minijobs

Tiedge: „Minijobs abschaffen, nicht aufwerten!“

Hamburg, 23. Februar 2022

Zum Plan der Bundesregierung, die Minijob-Grenze von derzeit 450 Euro auf künftig 520 Euro anzuheben und an die Erhöhungen des Mindestlohns zu koppeln, erklärt Claudia Tiedge, stellvertretende Vorsitzende der NGG:

› *„Nicht erst Corona hat gezeigt, dass Minijobs keinerlei soziale Sicherheit bieten. Sie gehören abgeschafft, nicht aufgewertet! Die vielen Minijobbenden in der Gastronomie waren die ersten, die ihren Job verloren haben. Als Minijobbende wurden sie weder durch Kurzarbeitergeld noch Arbeitslosengeld unterstützt.“*

Es sei ein fatales Signal, dass die Bundesregierung die Minijobs trotz dieser Erfahrungen weiter ausweiten wolle, so die stellvertretende NGG-Vorsitzende. Tiedge: *„Aus den vergangenen Monaten darf es nur eine Konsequenz geben: Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro! Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze dürfen nicht länger oder gar noch stärker durch Minijobs gefährdet werden!“*